

Fürther Nachrichten, Samstag, 18. Dezember 2010

# Protest gegen Graue Wölfe

Bündnis und Linke wollen Veranstaltung nicht dulden

**FÜRTH — Gegen das Folklorefest unter Beteiligung extremer türkischer Nationalisten am ersten Weihnachtsfeiertag in der Stadthalle regt sich Widerstand. Das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus hat Oberbürgermeister Thomas Jung zu Schritten gegen die Veranstaltung aufgefordert, die Linkspartei in Erlangen und Fürth ruft zu einer Gegendemonstration auf.**

Wie berichtet, war das Fest bereits im Juni von dem in Fürth ansässigen Verein Bizim Ocak angemeldet worden. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, steht im Hintergrund jedoch die "Türkische Föderation". Wegen ihres Emblems ist sie landläufig unter dem Namen "Graue Wölfe" bekannt, ihre Ziele werden von Experten als rechtsextrem und integrationshemmend eingestuft. Der Verfassungsschutz beobachtet den deutschen Ableger der Organisation seit langem.

Der Stadtrat hatte es am Mittwoch auf Anraten des zuständigen Ordnungsreferenten Christoph Maier dennoch abgelehnt, den Mietvertrag zu kündigen. Zum einen drohe der Stadt Schadenersatz, der angesichts von 1000 erwarteten Zuschauern und einem erheblichen logistischen Aufwand stattlich ausfallen könnte; zum anderen bestehe die Möglichkeit, dass sich der Verein einklagt - nach Maiers Ansicht mit großen Erfolgsaussichten.

Ruth Brenner, Sprecherin des Fürther Bündnisses gegen Rechtsextremismus und Rassismus, hat für dieses Vorgehen kein Verständnis. "Es darf nicht sein, dass solche Organisationen in Fürth Folklore feiern und gleichzeitig deren Mitglieder gegen Andersdenkende vorgehen", schreibt sie in einem offenen Brief an Oberbürgermeister Thomas Jung. In ihren Augen wäre dies "eine fatale Weihnachtsbotschaft aus Fürth". Man fordere den Rathauschef auf, "alles zu unternehmen, damit eine solche Veranstaltung in Fürth nicht stattfinden kann".

Die Zivilgesellschaft dürfe sich „nicht finanziellen Erwägungen unterordnen, wenn es um den Kampf gegen Extremismus und Rassismus geht“, heißt es unterdessen in einem Aufruf der Linkspartei.

hän